Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr
monatlich 12½ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 40. Abendblatt. Donnerstag, den 24. Januar. 1867.

Deutschland.

□ **Berlin**, 23. Januar. Während schon durch die von der Regierung früher gemachten Vorschläge zur Reorganisation des preußischen Heeres eine Abkürzung der Wehrpflicht um 3 Jahre eintreten sollte, so daß dieselbe mit dem 36., nicht mehr wie früher mit dem 39. Lebensjahre aufhören sollte, wird jetzt eine verdoppelte Erleichterung möglich werden; die gesammte Dienstpflicht wird vermuthlich mit dem vollendeten 32. Jahre abgeschlossen sein." — Diese wenigen Worte der „Provinzial-Korresp." (in der heutigen Morgennummer mitgetheilt) enthalten eine Ankündigung von weittragender Bedeutung nicht allein für die preußische, sondern auch für die ganze norddeutsche Bevölkerung der Bundesstaaten, und werden von Allen, die ihre ganze Bedeutung zu würdigen verstehen, mit großer Freude begrüßt werden. Für das preußische Volk liegt darin schon eine werthvolle reife Frucht der mühevollen Aussaat von 1866 und eine Belohnung für die durch schweren Militärdienst zum Schutze Deutschlands so lange Jahre gebrachten Opfer, eine Belohnung und Erleichterung, die nicht verkümmert wird, durch etwaige Sorge, daß sie auf Kosten der Wehrkraft des Landes gewährt würde, oder aus schwächlicher Nachgiebigkeit gegen unweises und unpatriotisches Verlangen der Demokratie. Die Regierung, aus deren Händen das Volk jetzt eine solche Wohlthat empfängt, hat bereits bewiesen, daß sie nicht auf Kosten der Sicherheit und Selbstständigkeit des Staates nach Popularität hascht, sie löset aber jetzt, da es ohne solche Gefährdung der Staatsinteressen geschehen kann, mit der Erleichterung der Militärpflicht aus freiem Entschluß ein früher gegebenes Versprechen ein, ohne sich erst dazu drängen zu lassen. Wer aus eigener Erfahrung kennen gelernt hat, wie die Militärpflicht mit jedem höheren Lebensjahre auch ungleich störender in die bürgerlichen Lebensverhältnisse eingreift, wird die Wohlthat einer Verkürzung der Dienstpflicht um 4 bezüglich 7 Jahre erst vollständig würdigen können, und diese Errungenschaft um so höher schätzen, je allgemeiner dabei die Ueberzeugung herrschen wird, daß dadurch nicht die allgemeine Wehrkraft geschwächt wird, sondern daß sie den großen Erfolgen der Regierungspolitik und den heldenmüthigen Thaten der Armee selbst verdankt wird. Bei dem Hinweis auf diese wichtige Errungenschaft, welche das preußische Volk seiner Regierung und seinem im Kriege bewährten Vertrauen zur Regierung, nicht den auf Verminderung der Wehrkraft gerichtet gewesenen demokratischen Agitationen zu verdanken hat, läßt sich kaum der Wunsch unterdrücken, daß damit auch das Verständniß des Volkes für die Pläne der Regierung und das Vertrauen dazu wachsen möchte. Der Mangel an richtigem Verständniß und Vertrauen tritt gerade in der militärischen Frage des Bundes jetzt wieder vielfach zu Tage, und die einfachsten Dinge werden mit Hülfe des unglückseligen konstitutionellen Schablonenthums zu störenden Prinzipienfragen zurechtgedrehet. Eine solche ist das sogenannte „Normal-Budget" geworden. Alle Welt ist darüber einig, daß die Wehrkraft des norddeutschen Bundes in den Händen des preußischen Kriegsherrn in vollem Umfange sein müsse. Darauf ist auch das Bestreben der preußischen Regierung gerichtet. Während diese nun zu Erreichung dieses Zwecks durch Bestimmungen im Entwurf über die nöthigsten Grundlagen der Wehrverfassung Garantieen gegen das Stillstehen der Wehrmaschine zu schaffen und dem Einzelwillen eine Schranke zu setzen sucht, erheben die klugen Politiker wieder ein Wehegeschrei über Beschränkung des Verfassungsrechts, weil diese Sicherung der einheitlichen Wehrkraft einem verfassungewidrigen Normal-Budget ähnlich sehe. Graf Bismarck soll also nach der Meinung dieser klugen Leute eine einige norddeutsche Militairmacht schaffen, aber es soll gänzlich von dem Willen und der Abstimmung aller einzelnen Glieder des Bundes abhängen, ob und wie viel sie Pflichten übernehmen wollen? Keiner von den verblendeten Schreiern kann aber doch dem Grafen Bismarck eine Garantie geben, daß der Zweck des Bundes erreicht wird, wenn von der Abstimmung im Reichstage allein die Entscheidung abhängig gemacht wird. Es müssen also doch vorher die nöthigsten Grundlagen sicher gestellt werden, wenn sich das Jahr 1848 nicht wiederholen soll. In diesen Grundlagen ist nun von der Demokratie das Gespenst des Normal-Budgets entdeckt worden.

— Die jüngst erlassene, in einigen Punkten veränderte „Instruktion über die Behandlung und Ausbildung der einjährigen Freiwilligen" möge in ihren Hauptbestimmungen, wie sie die „Prov.-Korr." mittheilt, hier folgen:

„Die einjährig Freiwilligen aller Waffen sind, so weit sie durch ihre allgemeine Bildung hierzu geeignet erscheinen, zu Offizieren und Unteroffizieren der Reserve und Landwehr auszubilden.

Es müssen ihnen deshalb während ihrrs Dienstjahres nicht allein die nöthigen Begriffe über ihre künftigen Verhältnisse beigebracht werden, sondern es ist ihnen auf Grund derselben auch die praktische Fertigkeit zur Ausübung ihrer künftigen Pflichten möglichst anzueignen.

Die Freiwilligen werden bei ihrer Annahme zwar bei den Kompagnien ꝛc. eingetheilt, allein zu ihrer Ausbildung besonders dazu ausgewählten Offizieren überwiesen. Es müssen hierzu Offiziere ausgewählt werden, welche nicht allein die nöthige praktische und theoretische Dienstkenntniß, sondern auch die selbstständige Umsicht besitzen, um gebildeten jungen Leuten zum Vorbilde zu dienen. Den Unterricht im Exerzieren, im Reiten und in der Dienst- und Waffenkenntniß erhalten die Freiwilligen in der Regel durch den zu ihrer Führung bestimmten Offizier. Sobald dieselben nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten ausgebildet sind, treten sie in ihre Kompagnien oder Eskadrons ein und thun als Gemeine Dienste. Die Freiwilligen bleiben aber auch während dieser Zeit in Hinsicht auf ihre allgemeine Ausbildung der besonderen Aufsicht des ihnen vorgesetzten Offiziers untergeben. Nach Verlauf der ersten Hälfte ihres Dienstjahres werden sämmtliche Freiwillige, soweit sich hierzu Gelegenheit bietet, dem Regiments- ꝛc. Kommandeur vorgestellt und diejenigen zu Gefreiten in Vorschlag gebracht, welche durch ihre erworbene Dienstkenntniß, sowie durch ihre Neigung und Führung zu der Hoffnung berechtigen, daß ihnen bei ihrer Entlassung das Attest zum Landwehr-Offizier wird ertheilt werden können. Die zu Gefreiten beförderten Freiwilligen thun bei den Kompagnien und Eskadrons vorzugsweise Unteroffizierdienste. Auch nach ihrer Beförderung zum Gefreiten bleiben die Freiwilligen fortdauernd unter Aufsicht des mit ihrer besondern Ausbildung beauftragten Offiziers, der ihnen Unterricht über die Pflichten des Unteroffiziers und des Offiziers in allen Dienstverhältnissen, sowie über die besonderen Standespflichten des Offiziers ertheilt. Speziell liegt es diesem Offizier ob, die zu Gefreiten beförderten Freiwilligen im Zugführen, sowie im Tirailleur- und Felddienst zu üben und haben die Regiments- und Bataillons-Kommandeure dahin zu sehen, daß hierzu die Gelegenheit, so viel als es erforderlich ist, gegeben werde.

Zum Garnison-Wachtdienst sind die einjährigen Freiwilligen nur in soweit heranzuziehen, als dies zu ihrer dienstlichen Ausbildung nothwendig ist. Vor der Beendigung ihrer Dienstzeit werden die zu Gefreiten beförderten Freiwilligen einer praktischen und theoretischen Prüfung im Hinblick auf die allgemeinen Standes- und Berufspflichten des Offiziers, sowie auf die von einem Subaltern-Offizier zu verlangenden Kenntnisse und Fertigkeiten unterworfen. Diejenigen, welche die Prüfung bestehen, erhalten ein Zeugniß über ihre Qualifikation zum Landwehr-Offizier, wodurch sie die Berechtigung erlangen, bei der Landwehr zum Offizier gewählt zu werden. Diejenigen Freiwilligen, welche das Qualifikations-Attest erhalten, werden bei ihrer Entlassung zu überzähligen Unteroffizieren befördert. Denjenigen einjährig Freiwilligen, welche den in Anbetracht ihres Bildungsgrades an sie zu stellenden höheren Anforderungen entsprechen, ist jede mit dem dienstlichen Interesse vereinbare Rücksicht zu gewähren. Die militärische Ausbildung derselben muß zwar während ihrer Dienstzeit als Hauptsache angesehen werden; wo sich indeß nach der hierzu erforderlichen Zeit noch Gelegenheit für sie findet, einige Stunden ihrer anderweiten Bildung zu widmen, ist dies jederzeit von den Vorgesetzten zu berücksichtigen. Dagegen sind die Freiwilligen, welche sich im Dienst vernachlässigen, oder denen das Bestreben, sich militärisch auszubilden, sichtlich mangelt, und die dieserhalb oder wegen Vergehen gegen die Disziplin ꝛc. sich nach halbjährigem Dienst nicht zur Beförderung zum Gefreiten eignen oder nach ihrer Beförderung sich so mangelhaft führen, daß ihnen das Anrecht auf Zulassung zur Prüfung abgesprochen werden muß, wie alle übrigen Soldaten zu behandeln und zu jedem Dienste heranzuziehen. Im Reserve- und Landwehr-Verhältniß sind dergleichen Freiwillige vorzugsweise zu den Uebungen einzuberufen, um die Mängel ihrer militärischen Ausbildung möglichst zu beseitigen. Die zur Ausbildung der Freiwilligen kommandirten Offiziere erhalten durch die ihnen hier gestellte Aufgabe Gelegenheit, die, jedem auf höhere Dienststellen Anspruch machenden Offiziere unentbehrliche vielseitige Menschenkenntniß zu erwerben und sich durch ihr Benehmen zu einer außerordentlichen Beförderung zu empfehlen; auch sollen diejenigen Stabsoffiziere, Hauptleute und Rittmeister, welche diesen wichtigen Gegenstand zweckmäßig leiten, Sr. Maj. dem Könige besonders namhaft gemacht werden."

— Die bedeutungsvolle Rede des Fürsten Hohenlohe in der baierischen Kammer begleitet die „Prov.-K." mit folgender Aeußerung: „In dem Friedensvertrage zwischen Preußen und Oesterreich ist bestimmt, daß die nationale Verbindung des Vereins der süddeutschen Staaten mit dem norddeutschen Bunde einer näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibe. Bei der gereizten Stimmung, welche damals in Folge des kaum beendeten Krieges noch zwischen der Bevölkerung von Nord- und Süddeutschland obwaltete, gab es Viele, welche sich der Besorgniß hingaben, daß eine solche nationale Verständigung zwischen dem norddeutschen Bunde und den Staaten südlich des Mains auf lange Zeit hinaus nicht zu erhoffen sei, daß vielmehr die Mainlinie fürerst einen Riß durch Deutschland bilden, der etwaige Verein der süddeutschen Staaten aber sich viel eher an Oesterreich oder an einen außerdeutschen Staat, als an Preußen anschließen werde. Unsere Regierung hegte von vornherein bessere Zuversicht und war fest entschlossen, an ihrem Theile der nationalen Verständigung auch nach jener Seite hin unverweilt die Wege zu bahnen. Namentlich wurde bei den Friedensverhandlungen mit den süddeutschen Staaten der Gesichtepunkt festgehalten, den letzteren nicht Bedingungen aufzuerlegen, welche die Wiederanknüpfung eines nationalen Bandes erschweren könnten, vielmehr in den Friedensschlüssen neue Grundlagen für eine günstige Gestaltung der Beziehungen zwischen Preußen und dem deutschen Süden und dadurch für eine heilsame nationale Entwickelung Gesammt-Deutschlands zu gewinnen. Je mehr Preußen sich bei jenen Verhandlungen nur von der Rücksicht auf das gemeinsame deutsche Interesse leiten ließ, desto mehr durfte es vertrauen, daß auch in der Bevölkerung und in den Regierungen Süddeutschlands, sobald die Nachwirkungen des traurigen Zwistes mehr zurückträten, der nationale Sinn und Geist wieder mächtig erwachen und eine Annäherung an Norddeutschland fordern würde. Diese Hoffnung geht rascher in Erfüllung, als die Meisten noch vor Kurzem es für möglich hielten. Gerade in dem bedeutendsten der süddeutschen Staaten, welcher durch seine gesammte Stellung zur Führung derselben berufen wäre, tritt schon jetzt Seitens der Regierung in Uebereinstimmung mit der Landesvertretung das offene und unumwundene Bestreben zur Anknüpfung eines engen nationalen Bandes mit Preußen und Norddeutschland hervor. Die Erklärung, welche der Prinz Hohenlohe hierüber im baierischen Abgeordnetenhause abgegeben hat, ist ein erfreuliches Unterpfand dafür, daß die patriotische Gesinnung in Süddeutschland sich mit dem Streben der preußischen Regierung und ganz Norddeutschlands vereinigen werde, um durch eine Verständigung, wie sie auch im Friedensvertrage von Prag in Aussicht genommen ist, eine glückliche nationale Entwickelung für unser deutsches Gesammtvaterland anzubahnen."

— In dem Befinden der Herzogin Adelheid von Nassau, die bekanntlich auf ihrem Schlosse Rumpenheim an einem typhösen Fieber schwer erkrankt war, scheint, wie schon angedeutet, ein bedenklicher Rückfall eingetreten zu sein, so daß man aufs Neue an ihrer Wiedergenesung zweifelt. Prof. Bamberger aus Würzburg wurde am 21. c. auf dem Schlosse erwa tet. — Sollte die Herzogin sterben, so ist zu befürchten, daß dieser Todesfall von einem Theile der weiblichen Bevölkerung in Stadt und Land tendenziös ausgebeutet werden wird. Man liebte die Herzogin Adelheid zwar durchaus nicht in der Weise, wie des Herzogs erste Gemahlin (eine schöne, leutselige und geistreiche Frau, die ihm im ersten Wochenbette starb), aber das Mitleid mit dem Unglück der Herzoglichen Familie und der Umstand, daß man geneigt ist, die Erkrankung als eine Folge jener Schicksalsschläge zu betrachten, welche sie betroffen, austatt (wie wohl richtiger) jenes bekannten, über alle Begriffe forcirten Rittes von Rumpenheim nach Frankfurt a. M. und zurück bei schlechtestem Wetter, macht die Theilnahme über alles Erwarten groß.

— Aus den norddeutschen Bundes-Kontingenten werden tüchtige Militairs zum Studium des Dienstes zeitweilig preußischen Regimentern zugetheilt werden. Einer desfallsigen Aufforderung von Preußen ist allseitig entsprochen worden.

— Wie wir hören, ist nunmehr auch der Spezial-Etat für Nassau gefertigt und dürfte bereits in den nächsten Tagen zur Feststellung gelangen.

— Aus Wien, vom 19. d., wird der „Karlsr. Zeitung" geschrieben: Die österreichischen und preußischen Zollbevollmächtigten haben heute abermals Sitzung gehalten und darin den revidirten Zollvertrag zu Ende berathen. Es erübrigt jetzt nur noch, die Lücke wegen der Weinzölle auszufüllen, bezüglich deren die schließlichen Instruktionen aus Berlin, obwohl in bestimmte Aussicht gestellt, noch nicht eingegangen waren.

— Um dem Mangel an Beamten bei der Königl. Telegraphen-Verwaltung abzuhelfen, welcher sich bei der beabsichtigten Einrichtung von Stadt-Telegraphen-Stationen hierselbst herausgestellt hat, sollen — wie es heißt — zunächst Postbeamte, welche den Kursus in der Telegraphie durchgemacht haben und das Qualifikations-Zeugniß besitzen, verwendet werden.

— Im Herrenhause hat die betreffende Kommission die Annahme des Gesetzes, betreffend die Aufhebung des Einzugsgeldes, beschlossen. Die nächste Plenarsitzung des Hauses soll am Sonnabend stattfinden. In Bezug auf das Genossenschafts-Gesetz sind einflußreiche Mitglieder des Hauses — wie es heißt nicht ohne Erfolg — bemüht, die Annahme der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses zu erwirken.

— Dem Vernehmen nach hat der Korvettenkapitän Werner im Auftrage des Königlichen Marineministeriums Kiel verlassen und die Reise nach England, Frankreich und den Vereinigten Staaten angetreten, um die dortigen Kriegshäfen und Marine-Etablissements zu studiren.

Köln, 21. Januar. Auf dem Bahnhofe zu Deutz ist man heute mit dem Umladen der gestern daselbst eingetroffenen Reiterstatue Friedrich Wilhelm IV. beschäftigt. Der Transport von Berlin hierher geschah auf einem dazu geeigneten Wagen des Borsigschen Etablissements und unter Begleitung des Direktors der Kgl. Gießerei zu Berlin, Herrn Gladenbeck, der auch den Guß des bekanntlich von unserm Kölner Landsmann, Herrn Bildhauer Bläser, modellirten Standbildes geleitet hat. Letzteres und das ebenfalls für die hiesige feste Brücke bestimmte gleichartige Standbild Sr. Maj. des Königs Wilhelm gehören ihren Dimensionen nach zu den größten Reiterstatuen, die bis jetzt gegossen worden sind, und werden unserer Brücke zum bedeutsamen künstlerischen Schmuck gereichen. — Wir erhielten Mittheilung über eine vor etwa vier Wochen zu Brühl hervorgetretene auffallende Krankheits-Erscheinung. Die Erkrankungen, von welchen angeblich bis jetzt hauptsächlich junge Mädchen befallen wurden, sollen ohne Ausnahme tödtlich verlaufen. Sie wurden Anfangs als Nervenfieber angesehen; späterhin seien andere Hypothesen, namentlich auch die einer Blutvergiftung, aufgestellt worden.

Frankfurt a. M., 20. Januar. In der 19. Sitzung der Bundesliquidations-Kommission vom 9. Januar machten die Bevollmächtigten von Preußen, Baiern, Baden und Hessen die Anzeige, daß sie Namens ihrer Regierungen dem Antrage der Kommission: „Den von der hohen sächsischen Regierung liquidirten Mehraufwand an die Kosten für die Bundes-Exekution in Holstein und Lauenburg von 52,738 Thlrn. 29 Sgr. 8 Pf. nicht als begründet anzuerkennen", beizutreten hätten. In derselben Sitzung beschloß Zusammenstellung und späteren Berechnung der von den Lokal- die Liquidations-Kommission, bei der Unmöglichkeit, daß die mit der Kommissionen in den ehemaligen Bundesfestungen wöchentlich vorzulegenden Nachweisungen und Klassifikationen der verschiedenen Vorräthe beauftragten beiden Beamten rechtzeitig zum Abschluß bringen können, die Einberufung von sechs tüchtigen rechnungsverständigen Beamten als Hülfsarbeitern bei den in der Kommission vertretenen Regierungen zu beantragen, vorläufig auf 2 Monat, mit einem Tagegeld von je 7 Gulden aus der Kasse der Liquidations-Kommission. Diese Beamten sollen am 23. Januar sich hier melden. Nur so hofft man wegen jenes Geschäfts den der Kom-

mission durch den Prager Frieden gestellten Termin nicht allzusehr überschreiten zu müssen.

— Seitens Rußlands ist jetzt Staatsrath v. Mengden, welcher bei der früheren hiesigen russischen Gesandtschaft als erster Legations-Sekretär fungirte, zum Kais. russischen Generalkonsul für Frankfurt a. M. ernannt worden.

Leipzig, 22. Januar. Die „D. A. Ztg." schreibt: Das Füsilier-Bataillon des hiesigen 52. preußischen Regiments traf gestern Nachmittag von Wurzen hier ein. Die Regimentsmusik hatte das Bataillon eingeholt. Daß das 52. Regiment unsere ständige Garnison bleiben wird, geht unter Anderem daraus hervor, daß jetzt auch die Feldwebel und Unteroffiziere ihre Familien nachkommen lassen.

Rudolstadt, 22. Januar. Nach einer landesfürstlichen Verordnung erhält der künftige Reichstags-Abgeordnete ein Tagegeld von sieben Gulden und Entschädigung der aufgewendeten Reisekosten aus der Fürstl. Hauptlandeskasse.

Karlsruhe, 21. Januar. Die „Karlsr. Z." theilt offiziös mit: „Die Arbeiten der Kommission für die Ausgleichung der Kriegskosten sind soweit gediehen, daß die materiell liquiden Ansprüche in der kürzesten Frist befriedigt werden sollen. Für die nicht liquiden Forderungen dürften Vorschußzahlungen erfolgen. Der Gesammtbetrag dieser Auszahlungen wird sich auf 6—700,000 G. belaufen. Zur Deckung derselben steht eine erste Umlage, und zwar mit 10 Kr. per Gulden Steuerschuldigkeit (also $\frac{1}{6}$ vom Betrag der ordinären Steuern) bevor." — In Folge des Vorschreitens der Rinderpest aus Holland nach Rheinpreußen und deren erneuertem Auftreten in den östlichen Theilen von Oesterreich sind die betreffenden technischen Behörden mit den Vorarbeiten für die erforderlichen Schutzmaßregeln beauftragt.

Ausland.

Wien, 22. Januar. Das Programm, welches Fürst Hohenlohe im baierischen Abgeordnetenhause am 19. vorgelegt hat, würdigt man hier in seiner ganzen Bedeutung. Man sieht in ihm die feierliche Bestattung des deutschen Südbundes und die Vorbereitung zum Uebergang der deutschen Südstaaten in die preußische Machtsphäre. Im Ganzen macht man gute Miene zum Unglück und tröstet sich damit, daß Oesterreich sich durch Allianceversuche in München nicht bloßgestellt und sich gegen das Unvermeidliche und Naturgemäße nicht aufgelehnt hat. — Schon einige Tage vorher, ehe Fürst Hohenlohe sein Programm im baierischen Abgeordnetenhause auseinandersetzte, soll hier eine vertrauliche Mittheilung aus München eingegangen sein, welche dieses Programm in Voraus erläutert und nur die der hiesigen Regierung nicht sehr schmeichelhaften Wendungen ausläßt. Zu einer formellen Rückäußerung sah man sich hier nicht veranlaßt und beschränkte sich auf den Dank für die Eröffnung, auf Wünsche für das Gelingen der baierischen Politik, endlich auf die Aeußerung der Ueberzeugung, daß sich dieselbe in den zu Nikolsburg und Prag vorgezeichneten Grenzen halten werde, welche Grenzen zu überwachen die beiden Mächte, die den Frieden von Prag abgeschlossen haben, gleichmäßig verpflichtet und berechtigt seien. Gegenüber den Kundgebungen, die sowohl von den Regierungen wie von den Bevölkerungen Süddeutschlands ausgehen, dürfte jedoch diese letztere Wendung nicht von großem Belange sein; jedenfalls sind Neugestaltungen, wie sie im Hohenloheschen Programm vorläufig entworfen sind, durch den Prager Frieden nicht ausgeschlossen.

— Die amtliche „Wiener Zeitung" hat nach telegraphischer Mittheilung gestern bestätigt, daß Graf Larisch seine wiederholt und in dringendster Form erbetene Entlassung als österreichischer Finanzminister erhalten habe. Das zu seinem Nachfolger, wenn auch nur provisorisch, der Freiherr v. Beke ernannt worden ist, beweist, daß es sich dabei nicht um irgend eine neue Systemänderung in der Verwaltung der österreichischen Finanzen handelt, daß vielmehr Graf Larisch wirklich aus Familienrücksichten, wegen Krankheit des Grafen Leo Larisch, seinen Platz geräumt hat. Denn Freiherr v. Beke war der Vertrauensmann par exellence des abtretenden Ministers und der geistige Urheber aller der Maaßregeln, welche unter der Verantwortung dieses Ministers zur Durchführung kamen. Als ein Systemwechsel im eigentlichen Sinne des Wortes kann somit der Rücktritt des Grafen Larisch nicht gedeutet werden.

Paris, 22. Januar. Gestern, Sonntag, hätte Paris beinahe ein ähnliches Unglück zu beklagen gehabt, wie das, welches die Schlittschuhfreuden der Londoner in so grausiger Weise getrübt hat. Es brach nämlich unter den Füßen der überzahlreichen Menge ein Theil der Eisdecke des Teiches im Bois de Boulogne ein, zum Glück an einer Stelle, die nicht ganz anderthalb Metres tief ist. Etwa zwanzig Personen fielen ins Wasser, wurden aber, so viel man bis jetzt weiß, sämmtlich wieder herausgezogen. — Diesen Abend findet endlich das erste große Eisrennen des Schlittschuhklubs, bei großartiger Beleuchtung durch Fackeln und elektrisches Licht, statt. Schon seit mehreren Tagen fahren Lokomobilen um die auserkorene Eisfläche herum und richten ihre Dampfsäulen auf dieselbe, damit jede Unebenheit entfernt und die Bahn in Wirklichkeit so eben und blank wie ein Spiegel werde. Ein Blatt versichert, von dem Kaiser selbst sei die Idee einer solchen Verwendung des Wasserdampfes ausgegangen. Das heutige Nachtfest wird mit Spannung erwartet und soll eines der glänzendsten Ereignisse des Pariser hig-life in dieser Winter-Saison werden.

Paris, 21. Januar. Der „Spen. Ztg." wird aus Paris geschrieben: Wenngleich die Beseitigung der Adreß-Debatte nicht unerwartet gekommen, so hat dieselbe dennoch eine große Ueberraschung, und mit alleiniger Ausnahme der Kreise, welche den Maßregeln der Regierung unter allen Umständen beipflichten, einen ungünstigen Eindruck hervorgerufen. Die politischen Kämpfe zwischen der Opposition und den Vertretern der Regierung hatten mit der wachsenden Bedeutung der ersteren in den letzten sechs Jahren ein so lebhaftes Interesse erregt, daß das bühnen- und tribünenlustige Volk Frankreichs sich nur ungern um dies liebgewonnene Schauspiel verkürzt sieht, und dies in dem Augenblicke, wo man mit Ungeduld den Vorhang wieder aufgehen zu sehen hoffte. Mit Recht fragt man sich, ob das gewährte Interpellationsrecht bei der großen Mehrheit, welche der Regierung in dem gesetzgebenden Körper immer noch zur Seite steht, nicht illusorisch ist, da von neun Bureaus sich vier für die Zulassung der Interpellation aussprechen müssen. Wird dieselbe nicht zugelassen, so erfährt das Publikum von dem Inhalte nichts, denn nach dem Wortlaute der Kaiserlichen Verordnung wird die von mindestens fünf Mitgliedern unterzeichnete Interpellation dem Präsidenten zugestellt, dieser theilt sie dem Staatsminister mit und übermacht sie den Bureaus zur Prüfung. Da die Presse über die Vorgänge in den letzteren nichts veröffentlichen darf, so entziehen sich somit alle die Interpellationen, welche nur zur Debatte im Plenum kommen, der Oeffentlichkeit.

London, 21. Januar. Die britische Regierung geht, wie die „Army and Navy Gaz." berichtet, mit dem Gedanken an eine ansehnliche Vermehrung der Flotte um. Vom Parlament sollen in der nächsten Session die nothwendigen Fonds zur Erbauung von acht Panzerschiffen, zwanzig Kriegsschiffen verschiedener Größe und zwanzig Kanonenbooten verlangt werden.

Venedig, 17. Januar. Die „Pr." berichtet: Soeben sind wir hier einer Katastrophe entronnen, wie solche in dieser Ausdehnung seit Menschengedenken nicht vorgekommen ist. Vorgestern schon begann ein heftiger Siroccosturm und mit demselben ein beunruhigendes Steigen des Wasserstandes der verschiedenen Kanäle in den Lagunen. In kurzer Zeit schwollen die Kanäle so sehr, daß die Passage in den Straßen förmlich gesperrt war und das Wasser in die Magazine eindrang. Die Kaufläden der Stadt wurden in aller Eile geschlossen, und Jedermann suchte, so gut es eben ging, in seine Wohnung zu gelangen. Mit Einbruch der Dämmerung war bereits keine menschliche Seele auf der Straße zu sehen und die Einwohnerschaft durch das Wasser in ihren Wohnungen förmlich blokirt. Die Nacht verging unter Angst und Bangen, und selbst die Muthigsten konnten sich eines gewissen unheimlichen Gefühls nicht erwehren, als den folgenden Morgen die ebenerdigen Wohnungen bereits unter Wasser standen und das Wasser noch immer stieg. Da die Sache so plötzlich und unvermuthet gekommen war, so hatte die Mehrzahl der Bewohner Venedigs sich nicht mit Lebensmitteln versehen, und vielfach begann sich bereits der Hunger einzustellen. Die Noth stieg mit jedem Augenblicke. Zwar fuhren einige Barken durch die angeschwemmten Kanäle und suchten aus den von der Ueberschwemmung weniger heimgesuchten Stadttheilen Lebensmittel in die durch das Wasser blokirten Wohnungen zu schaffen; doch war diese Hülfe nicht ausreichend, und die Situation wurde von Stunde zu Stunde unangenehmer und gefährlicher, und in den von der Ueberschwemmung heimgesuchten Häusern herrschte Angst und Entsetzen. Gestern Abend 8 Uhr nun entlud sich plötzlich ein heftiges Gewitter über Venedig. Blitz auf Blitz, Schlag auf Schlag erfolgte; es war ein furchtbares Brausen und Toben. Mit dem Gewitter begann aber auch das Wasser zu sinken, und zwar so schnell, daß schon nach Mitternacht einzelne Straßen praktikabel waren und heute früh schon die Passage vollkommen frei ist. Der durch die Ueberschwemmung angerichtete Schaden ist bedeutend, da eine große Quantität Waaren aller Art, so wie Einrichtungsstücke und Lebensmittel zu Grunde gingen.

Pommern.

Stettin, 24. Januar. Gestern Abend machte sich eine Anzahl unserer Droschkenkutscher das Vergnügen, mit ihren leeren Schlitten in einem langen Zuge die Hauptstraßen der Stadt zu durchfahren, bei dieser Gelegenheit aber ununterbrochen heftig und förmlich planmäßig mit den Peitschen zu knallen und dadurch offenbar gegen das im §. 34 der Polizeiordnung enthaltene Verbot, nach welchem jedes unnöthige Knallen mit den Peitschen innerhalb der Stadt überhaupt untersagt ist, arg zu verstoßen. Hoffentlich wird unsere Polizeibehörde dafür Sorge tragen, daß dergleichen Ungehörigkeiten sich nicht in so großartigem Maßstabe wiederholen.

— Von den, wie gestern erwähnt, in der Maurergeselle Herpel'schen Wohnung zu Grabow vorgefundenen verschiedenen Gegenständen sind bereits mehrere als gestohlen von den betreffenden Eigenthümern rekognoscirt worden.

— Aus einem in der Schuhstraße belegenen Restaurations-Lokale wurde gestern einem Handlungs-Kommis ein werthvoller Ratiné-Ueberzieher gestohlen.

— Unter den jüngst beim Abgeordnetenhause eingegangenen Petitionen befindet sich auch eine des Herrn F. Krieger hierselbst, welcher bittet, das Gehalt der Kreisgerichts-Sekretäre vom 1. Januar 1868 ab von 500 Thlr. auf 800 Thlr. zu erhöhen, für das Jahr 1867 aber aus den abgesetzten 135,000 Thlr. entsprechende Unterstützungen zu bewilligen.

Demmin, 20. Januar. Gestern Abend feierte der hiesige Handwerkerverein sein 12jähriges Stiftungsfest, das von seinen Mitgliedern recht zahlreich besucht war. Das Festlokal war mit Guirlanden von Tannengrün und preußischen Fahnen geschmückt. Herr Tischlermeister Junius, Ehrenmitglied des Vereins, eröffnete die Feier durch eine inhaltreiche und schwungvolle Rede, der die Gedanken zu Grunde lagen: warum der Handwerkerverein gegründet, was er vor einem Jahre gewünscht und ob sein Wunsch in Erfüllung gegangen. Nach Beantwortung dieser Fragen gedachte der Redner noch der verstorbenen Mitglieder und schloß mit dem Liede: „Brüder reicht die Hand zum Bunde". Auf die Zuhörer machte die Rede einen tiefen Eindruck. Den ersten Theil bildete ein Instrumental- und Vokal-Konzert, den zweiten ein Ball. Befriedigt verließen alle Anwesenden heute früh das Lokal.

* **Stralsund,** 21. Januar. In der heute im Triniusschen Lokale stattgehabten Versammlung zur Aufstellung eines ministeriellen Kandidaten für die bevorstehende Wahl zum norddeutschen Parlament war eine große Anzahl Wahlberechtigter aus dem Wahlkreise erschienen. Die Versammlung wurde vom Hrn. Rentier v. Engeström mit einer zweckentsprechenden Einleitung eröffnet und durch Bildung des Vorstandes konstituirt. Demnächst präsentirte sich den Wählenden der vom Vorstande vorgeschlagene Kandidat Fürst zu Putbus und legte in längerer Rede vor der Versammlung seine politischen Ansichten dar, indem er namentlich hervorhob, daß er gesonnen sei, dem Ministerium seine aufrichtigste Unterstützung zu Theil werden zu lassen, ohne in irgend welcher Beziehung sich an extremen Bestrebungen zu betheiligen. Nachdem Seitens des Vorstandes die Aufforderung ergangen war, etwaige sonstige Kandidaten für die Wahl zu benennen, ergab sich, daß deren nicht in Vorschlag zu bringen waren. Demnächst wurde an die Versammlung die Frage gestellt, ob sie den Fürsten zu Putbus als ihren Kandidaten dieses Wahlkreises für das norddeutsche Parlament aufstellen wolle; die Versammlung erklärte sich fast einstimmig für diese Kandidatur. Sodann wurde ein Wahl-Comité für den Franzburger Kreis gewählt und demselben die Aufgabe ertheilt, behufs Vorbereitung der Wahl sich mit dem Comité des Rügenschen Kreises in Verbindung zu setzen.

Wangerin, 23. Januar. (N. St. Z.) Auf Anregung des Bürgermeisters Unrau haben der hiesige Magistrat und Stadtverordnete zum 1. Januar folgende Adresse an Se. M. den König abgesandt: „Allerdurchlauchtigster 2c.! Ew. M. erhabenem Throne nahen sich die Vertreter der pommerschen Stadt Wangerin mit der allerunterthänigsten Bitte, deren Glückwünsche huldvoll entgegen zu nehmen, sowohl zum Jahreswechsel als zu dem Tage, an welchem Euer Majestät vor sechs Dezennien in die mit reichem Ruhm gekrönte Armee eingetreten sind, deren jüngste unter Allerhöchster Führung geschehene Großthaten die Bewunderung der ganzen Welt hervorgerufen! — Wir bitten Gott demüthigst, daß er Euer Maj. noch recht lange erhalten möge, um das begonnene große Werk zum Segen des Vaterlandes zur Vollendung zu bringen und verharren in Ehrfurcht und Treue Euer Majestät Allerunterthänigste Magistrat und Stadtverordnete." — Darauf ist folgende Antwort eingetroffen: „Ich habe die Glückwünsche, welche der Magistrat und die Stadtverordneten zu Wangerin mir in Veranlassung der Vollendung meiner sechszigjährigen militärischen Laufbahn gewidmet, gern empfangen und nicht unterlassen können, dafür meinen besten Dank auszusprechen. Berlin, den 19. Januar 1867. Wilhelm."

Vermischtes.

Berlin. Ein Briefkastenleerer, welcher lange Jahre Postillon gewesen war, meldete sich zum Bureaudiener-Examen und schrieb folgendes originelle curriculum vitae, welches durch einen Zufall in unsere Hände gelangt ist: „Ich Heinrich Tratabella, einziger Sohn meines Vaters, starb in meinen 2. Jahre, indem ich dann als elternlose Weiße mit 14 Jahre bei einem Großbauern als Zweitknecht eintrat, worauf es mir nicht gefiel, da ich doch eine bessere Erziehung bekommen, so trat ich bei die Artillerie in Coblenz ein, was mir sehr nützlich vor die Wagen und Pferde wurde, indem ich zur königlichen Post als Postillon ging und den Wagen nach Andernach fuhr, wobei ich ein braves, treues Mädchen kennen lernte, indem ich mit ihr in den heiligen Stand der Ehe trat, wobei sie zuerst Zwillinge kroch (bekommen — erhalten) und hiernach noch 5 einzelne Kinder zeugte, welche alle Essen wollen, gesunden Appetit haben sie Gott sei Dank alle bis auf eins, welches vorigen Herbst am Scharlach gestorben ist und ich bin auch ein tüchtiger Esser, indem von mein geringes Einkommen, 15 Sgr. der Tag, nicht viel Gescheites zu haben ist, so wollte ich gern „Pierodiener" werden, was mir gewiß Niemand verdenken kann, indem meine Frau bereits wieder seit 7 Monaten in anderen Umständen ist." (Post.)

Neueste Nachrichten.

Dresden, 23. Januar, Nachmittags. Das „Dresdener Journal" publizirt eine Königl. Verordnung, welche für das Königreich Sachsen die Wahlen zum Reichstage des norddeutschen Bundes auf den 12. Februar anberaumt.

München, 23. Januar, Nachmittags. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wurde die Adreßdebatte fortgesetzt. Der Abg. Umbscheiden entwickelte den Standpunkt der Antragsteller. Der Staatsminister Fürst Hohenlohe sagte, indem er seine früheren Erklärungen präzisirte: Bei einer bundesmäßigen Einigung Deutschlands muß auch Baiern Opfer bringen. Unter Kriegen, in welchen das baierische Heer gegen die Garantie der Intregität Baierns unter die Führung Preußens zu stellen sei, versteht die baierische Regierung selbstverständlich solche Kriege, wodurch die Intregität Deutschlands bedroht ist. Der Staatsminister mahnt wiederholt von der Diskussion einer Adresse ab, weil dieselbe der äußeren Politik nicht förderlich sei. Der Antragsteller zog hierauf seinen Antrag auf den Erlaß einer Adresse zurück.

Pest, 23. Januar. Der „Hon" meldet, daß die Verhandlungen zwischen dem Frhn. v. Beust und den ungarischen Abgeordneten in erfolgreichster Weise beendet worden.

Kopenhagen, 23. Januar, Nachm. Die hier koursirenden Gerüchte über einen beabsichtigten Verkauf der dänischen Insel St. Thomas an die Vereinigten Staaten von Nordamerika werden in gut unterrichteten Kreisen als durchaus grundlos bezeichnet.

Bukarest, 23. Januar. Der Fürst von Hohenzollern, der Vater des Fürsten Carl von Rumänien, der vor Kurzem in Rumänien naturalisirt wurde, ist in der ehemaligen Hauptstadt des Landes, Tingovest, zum Deputirten gewählt worden.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Wien, 24. Januar. Der Kaiser hat auf die Adresse des ungarischen Landtags Betreffs des Heeresergänzungs-Gesetzes, die Hoffnung ausgesprochen, daß ein demnächst zu erlassendes Reskript die Bedenken der Adresse beheben werde. Der Kaiser erklärt sich bereit, die Landeswünsche zu erfüllen, sobald durch wechselseitiges Vertrauen die Bildung eines verantwortlichen ungarischen Ministeriums gelungen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 24. Januar. Witterung: Regen. Nachts — 8° R. Temperatur — 1° R. Wind: SW.

Weizen niedriger, loco pr. 85pfd. gelber 77—87 Rℓ. bez., 83 bis 85pfd. gelber Frühjahr $85\frac{3}{8}$, $84\frac{3}{4}$ Rℓ. bez., Mai-Juni $85\frac{1}{2}$ Rℓ. Br., $85\frac{1}{4}$ Rℓ. Gd., Juni-Juli $86\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ Rℓ. bez. u. Gd.

Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco 55—$56\frac{1}{2}$ Rℓ. bez., Januar $53\frac{3}{4}$ Rℓ. Gd., Frühjahr $54\frac{1}{4}$ Rℓ. bez., 54 Rℓ. Gd., Mai-Juni $54\frac{3}{4}$ Rℓ. Br., Juni-Juli 55 Rℓ. bez. u. Br.

Gerste loco pr. 70pfd. märker 49—$51\frac{1}{2}$ Rℓ. bez., 69—70pfd. schles. Frühjahr 51 Rℓ. Br., $50\frac{1}{2}$ Rℓ. Gd.

Hafer loco pr. 50pfd. 29—$30\frac{1}{2}$ Rℓ. bez., 47—50pfd. Frühjahr $31\frac{1}{2}$ Rℓ. Br., 31 Rℓ. Gd.

Erbsen loco Futter- 54—60 Rℓ. bez., Koch- 54—60 Rℓ. bez., Frühjahr Futter- 58 Rℓ. Br., $57\frac{1}{2}$ Rℓ. Gd.

Wicken loco 52 Rℓ. bez.

Rüböl matt, loco $11\frac{5}{6}$ Rℓ. Br., Januar $11\frac{7}{12}$ Rℓ. Br., April-Mai 12 Rℓ. Br.

Spiritus niedriger, loco ohne Faß $16\frac{1}{3}$ Rℓ. bez., Januar-Februar $16\frac{1}{4}$ Rℓ. bez. u. Br., Frühjahr $16\frac{2}{3}$ Rℓ. Br., $16\frac{7}{12}$ Rℓ. Gd., Mai-Juni 17 Rℓ. Br. u. Gd.

Hamburg, 22. Januar. Getreidemarkt. Weizen loco behauptet, ab Auswärts fest, aber ruhig, auf Termine etwas matter. Pr. Januar-Februar 5400 Pfd. netto 153 Bankothaler Br., 152 Gd., pr. Frühjahr 148 Br., 147 Gd. Roggen loco stille, ab Auswärts matt, auf Termine fest. Pr. Januar-Februar 5000 Pfd. Brutto 92 Br., 90 Gd., pr. Frühjahr 89 Br. und Gd. Oel geschäftslos, loco $25\frac{3}{4}$, pr. Mai $26\frac{3}{8}$, pr. Oktober $26\frac{5}{8}$. Kaffee und Zink matt. — Kalt.

London, 23. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Englischer und fremder Weizen bei sehr geringem Geschäft zu Montagspreisen verkauft. — Thauwetter, Regen.